VR-04-060 Wehrhaft für den Frieden - Grüne Rüstungspolitik europäisch neu definiert

Antragsteller*in: KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg
Beschlussdatum: 10.11.2026

Änderungsantrag zu VR-04

Nach Zeile 60 einfügen:
Unsere demokratische und freiheitliche Gesellschaft zu schützen, kann außerdem nur gelingen, wenn wir als solche solidarisch sind. Diese Solidarität haben wir in der Praxis schon oft erlebt: ob durch die zivilgesellschaftliche Hilfe bei Naturkatastrophen, das gemeinschaftliche Aufstehen nach den Correctiv-Enthüllungen 2024 oder während der Corona-Pandemie. Besonders junge Menschen stellten eigene Bedürfnisse zurück und engagieren sich demokratisch und gemeinnützig; zugleich sind sie am längsten und stärksten von aktuellen Entwicklungen wie der Klimakrise betroffen. Wir machen eine Politik, die diesen Einsatz anerkennt und entschlossen für die Zukunft junger und künftiger Generationen kämpft. Deshalb lehnen wir Pflichtdienste für junge Menschen, insbesondere eine Wehrpflicht, ab. Statt Eingriffen in die Grundrechte der jungen Bevölkerung, wollen wir Freiwilligendienste, demokratisches Engagement, niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten, Sozialarbeit und Bildung finanziell und strukturell stärken. Das ist es, was unsere Gesellschaft zusammenhält.

Begründung

Pflichtdienste stellen einen Angriff auf das selbstbestimmte Leben, sowieso schon massiv belasteter und kaum gehörter, junger Menschen dar. Die Wehrpflichtdebatte spaltet unser Land mehr, als das sie es widerstandsfähiger macht. Wir müssen uns als grüne Partei für ein selbstbestimmtes Leben und die Rechte junger Generationen einsetzen, statt diese zusätzlich einzuschränken.